

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

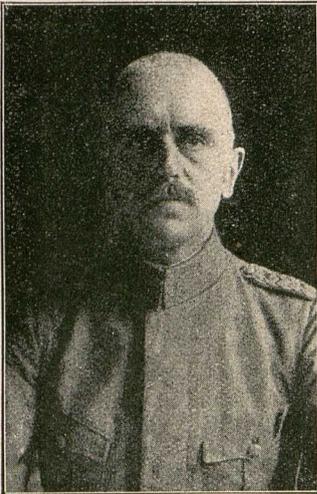
Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100



General v. Winterfeldt,
Mitglied der deutschen Waffenstillstandsabordnung, früher deutscher Militärattaché in Paris.



Graf v. Oberndorf,
Mitglied der deutschen Waffenstillstandsabordnung, vorher deutscher Gesandter in Bulgarien.



Kapitän z. S. Banselew,
Mitglied der deutschen Waffenstillstandsabordnung.



Geheimrat Frisch,
als Vertreter der deutschen Zentralkaufmanns-Gesellschaft zur Unterhandlung mit Foch ausgerufen.

Hauptquartier. Am 9. November nachmittags wurden sie der deutschen Regierung in Berlin bekannt.

Die bisherige Volksregierung bestand um diese Zeit allerdings schon nicht mehr, denn die **deutsche Revolution**, die einen großen Teil Deutschlands gerade während des Beginnens der Waffenstillstandsverhandlungen überzog, hatte in den Mittagstunden des 9. Novembers auch sie gesprengt. Die Bewegung war am 3. November in Kiel zum Ausbruch gekommen. Infolge eines Mißverständnisses, nach dem ein Befehl zum Auslaufen der Flotte als Eröffnung eines letzten Verzweiflungskampfes der deutschen Seestreitkräfte aufgefaßt worden war, begannen die Besatzungen mehrerer Kriegsschiffe zu meutern. Nach Massenversammlungen, bei denen Verbrüderungen mit Arbeitern stattfanden, zogen sie zur Militärstrafanstalt, um deren Insassen zu befreien. Unterwegs trat ihnen ein Zug Militär unter Führung eines Leutnants entgegen. Dieser forderte die Menge auf, auseinanderzugehen, und ließ, da dies nicht geschah, nach Abgabe einer Schrecksalve scharf schießen. Dadurch wurden 8 Personen getötet und 29 verwundet. Die Auführer setzten sich zur Wehr; sie erschossen den Leutnant und verwundeten mehrere Soldaten durch Steinwürfe.

Der Vorfall hatte eine höchst aufreizende Wirkung unter den Kieler Matrosen und Arbeitern. Der Matrosenaufstand wurde allgemein und griff auch auf die Landtruppen über. Von vier Infanteriekompagnien, die zur Wiederherstellung der Ordnung nach Kiel geschickt worden waren, gingen drei sofort zu den Aufständischen über, die vierte wurde entwaffnet. Inzwischen brachten die Matrosen die meisten im Kieler Hafen liegenden Schiffe in ihre Gewalt und setzten darauf die rote Flagge. Nur kleinere Fahrzeuge entkamen nach Häfen der deutschen Ostseeküste.

Die Arbeiter machten mit den Matrosen gemeinsame Sache und verhängten über Kiel den Generalstreik. Arbeiter und Soldaten rissen bald die Gewalt über die Stadt an sich und behielten sie auch nach Aufnahme der Verbindung mit Vertretern der Regierung. Der Reichstagsabgeordnete Noske, der zur Entgegennahme der Wünsche der Aufständischen nach Kiel gereist war, bekam die Bewegung aber in die Hand und ordnete sie so, daß weiteres Blutvergießen unterblieb. Plünderern wurde der Tod durch Erschießen angedroht.

Von Kiel aus wurde die Aufstandsbewegung planmäßig über den ganzen Norden und Nordwesten Deutschlands verbreitet. Abteilungen bewaffneter Matrosen reisten nach den größeren Städten, besetzten die Bahnhöfe und andere Verkehrsmittelpunkte, suchten Anschluß an die Garnisonen sowie an die organisierten Arbeiter und richteten überall Arbeiter- und Soldatenräte ein.

Bereits in den ersten Tagen der Woche gewannen sie auch in Hamburg die Oberhand und dehnten ihre Macht über Mecklenburg nach Osten aus. Gegen Ende der Woche befand sich fast ganz Nordwestdeutschland in der Linie von Köln bis nach Magdeburg in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte. Während die Bewegung auch auf Süddeutschland übersprang und sich in München (siehe die Bilder Seite 317 und 318 oben), Stuttgart und anderen Städten ausbreitete, schien die Reichshauptstadt noch ruhig zu bleiben. In vielen Aufrufen mahnten Regierung und Sozialdemokratischer Parteivorstand täglich, kühles Blut zu bewahren. Um die Massen zu beruhigen, forderten die Führer der Sozialdemokraten die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des deutschen Kronprinzen bis zum 8. November mittags. Als

bis zu dieser Stunde die Abdankung nicht erfolgt war, beschloßen die Berliner Arbeiter den Ausstand. Die Führung der Sozialdemokratie hielt die zugesagte Fristverlängerung für das Ultimatum an den Kaiser bis nach Abschluß des Waffenstillstandes nicht ein und die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung traten zurück. Erst am 9. November mittags machte der Reichskanzler bekannt:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entlagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentenschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler (siehe Bild Seite 316) und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt

in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.“
Noch am selben Tage strebten die sozialdemokratischen Parteien in Berlin einen Ausgleich untereinander an, um Schritte zur Auslösung des Deutschen Reiches als Republik einzuleiten. Bayern, wo Eisner (siehe Bild Seite 316) Ministerpräsident wurde, und Braunschweig waren schon am 8. November als Republiken erklärt worden.

Die Reichsämter waren nach dem Beschluß der Volksbeauftragten wie folgt besetzt worden:

- Auswärtiges Amt: Dr. Solf (siehe Bild Seite 154);
- Reichsschatzamt: Schiffer (siehe Bild Seite 316);
- Reichswirtschaftsamt: Dr. August Müller (siehe Bild in Band VII Seite 177);
- Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation: Dr. Koeth;
- Kriegsernährungsamt: Emanuel Wurm;
- Reichsarbeitsamt: Bauer (siehe Bild Seite 227);



Der amerikanische Oberst House,
von dem Präsidenten Wilson zu seiner Vertretung nach Europa gesandt.